DEUTSCHER FRAUENRAT

EU-GLEICHSTELLUNGSSTRATEGIE (2026-2030): BEITRAG VOM DEUTSCHEN FRAUENRAT FÜR DIE ONLINE-KONSULTATION DER EU-KOMMISSION

Hintergrund

/// Im März 2025 präsentierte die Kommission ihre langfristige Vision und die wichtigsten Grundsätze für die vollständige Umsetzung von Frauenrechten in einem Fahrplan für Frauenrechte.

/// Mit der der neuen Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter 2026-2030 werden wichtige Schritte auf EU-Ebene geplant, um die langfristige Vision des Fahrplans Wirklichkeit werden zu lassen.

/// Ziel der Strategie ist es, die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen, die Rechte von Frauen zu stärken und geschlechtsspezifische Diskriminierung zu bekämpfen.

/// Diese Konsultation richtet sich an die Öffentlichkeit und ein breites Spektrum von Interessenträger*innen, darunter nationale Behörden, Gleichstellungseinrichtungen, Organisationen der Zivilgesellschaft, Arbeitgeber, Unternehmensverbände und Gewerkschaften, Wissenschaftler*innen und Fachleute im Bereich der Geschlechtergleichstellung, sowie Einzelpersonen mit Interesse an Fragen der Geschlechtergleichstellung.

/// Bei der Befragung gab es die Möglichkeit die Themen der EU-Kommission zu priorisieren, sowie mit eigenen Texten zu ergänzen.

Struktur

Die Struktur der Konsultation lehnt sich an die Ziele des Fahrplans für Frauenrechte an. Der Fahrplan enthält langfristige politische Ziele zur Wahrung und Förderung der folgenden zentralen Grundsätze von Frauenrechten und Geschlechtergleichstellung:

/// Leben ohne geschlechtsspezifische Gewalt
/// Höchste Gesundheitsstandards
/// Lohngleichheit und Stärkung der wirtschaftlichen Stellung
/// Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Betreuungsaufgaben
/// Gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten und angemessene Arbeitsbedingungen
/// Hochwertige und inklusive Bildung
/// Politische Teilhabe und gleichberechtigte Vertretung
/// Institutionelle Mechanismen zur Durchsetzung der Frauenrechte

DEUTSCHER FRAUENRAT

Geschlechtsspezifische Gewalt

Welche der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Kommission priorisieren, um ein Leben ohne geschlechtsspezifische Gewalt zu ermöglichen? Bitte ordnen Sie die nachstehenden Handlungsoptionen nach Priorität ein.

Geschlechtsspezifische Gewalt ist jede Art von Gewalt, die auf dem Geschlecht einer Person beruht – von körperlicher, emotionaler über finanzielle bis hin zu reproduktiver Gewalt. Zwar kann jede Person Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt werden, doch sind vor allem Frauen davon betroffen.

/// Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die mit Opfern oder Täterinnen und Tätern geschlechtsspezifischer Gewalt zusammenarbeiten
/// Präventionsarbeit
/// Maßnahmen zur Förderung des entscheidenden Faktors der Einwilligung in sexuelle Beziehungen, die freiwillig erfolgen muss
/// Schulung von und Kapazitätsaufbau bei Fachkräften wie Unterstützungsdiensten, Sozialdienstleistern, pädagogischem Personal und Angehörigen der Gesundheitsberufe sowie der Strafverfolgung bzw. Justiz
/// Sicherstellung, dass alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt auf EU-Ebene als Straftaten definiert werden
/// Entwicklung von Maßnahmen zur Bekämpfung geschlechtsspezifischer Gewalt im Internet
/// Verbesserung der Datenerhebung über geschlechtsspezifische Gewalt, unter anderem durch
/// Sicherstellung der Vergleichbarkeit der Daten zwischen den Mitgliedstaaten
/// Forschung zu Ursachen, Folgen und Kosten geschlechtsspezifischer Gewalt
/// Forschung zu den Gruppen, die am stärksten von geschlechtsspezifischer Gewalt betroffen sind
/// Unterstützung und Abstimmung mit den Mitgliedstaaten, damit allen Opfern und Überlebenden sexueller Gewalt rechtzeitig Zugang zu Gesundheitsdiensten, einschließlich Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, gewährt wird
/// Stärkung der Unterstützung, des Schutzes und des Zugangs zur Justiz für Opfer geschlechtsspezifischer Gewalt
/// Stärkere Beteiligung von Männern und Jungen an Maßnahmen zur Beseitigung geschlechtsspezifischer Gewalt

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem:

/// Die Ratifizierung und Umsetzung der Istanbul-Konvention durch alle EU-Mitgliedsstaaten
/// Im Anschluss an den Beitritt der EU zur Istanbul-Konvention eine*n EU-Koordinator*in für die Beendigung aller Formen der Gewalt gegen Frauen und Mädchen (Violence against women and girls, VAWG) zu ernennen, die*der eine kohärente Umsetzung der verschiedenen Rechtsinstrumente sicherstellt
/// Die EU-Gewaltschutzrichtlinie bei der Review 2028 mit weiteren Straftatbeständen zu ergänzen (Vergewaltigung, sexuelle Belästigung, Zwangssterilisation und Femizide)
/// Geeignete Maßnahmen zum Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt für besonders vulnerable Gruppen, insbesondere trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Personen, sowie geflüchtete Frauen, PoC-Frauen und Frauen mit Behinderungen zu ergreifen
/// Queerfeindliche Hasskriminalität und Gewalt in Form von Cybermobbing, Online-Hetze und anderen Formen digitaler Gewalt entschieden zu bekämpfen
/// Frauen und Mädchen effizient vor Menschenhandel zu schützen

DEUTSCHER FRAUENRAT

Gesundheit

Welche der folgenden Maßnahmen sollte die Europäische Kommission priorisieren, um die höchsten Gesundheitsstandards zu gewährleisten? Bitte ordnen Sie die nachstehenden Handlungsoptionen nach Priorität ein.

/// Unterstützung und Ergänzung der gesundheitspolitischen Maßnahmen der Mitgliedstaaten für den Zugang von Frauen zu Diensten im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit und den damit verbundenen Rechten unter uneingeschränkter Achtung der Verträge
/// Erhebung, Förderung, Weitergabe sowie Unterstützung der Analyse von Daten zur geschlechtergerechten Gesundheitsversorgung
/// Förderung einer geschlechtergerechten medizinischen Forschung
/// Unterstützung und Förderung geschlechtergerechter klinischer Studien
/// Unterstützung und Förderung einer geschlechtergerechten Diagnostik und Behandlung

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem:

/// Den gesicherten Zugang zu elementaren Leistungen der nationalen Gesundheitsversorgungssysteme für alle Menschen in der EU, inklusive Geflüchteten sowie Menschen mit irrregulärem Aufenthaltsstatus
/// Die Anerkennung sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechte als Menschenrechte und deren Integration in die Charta der Grundrechte der Europäischen Union
/// Den sicheren und kostenfreien Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten
/// Maßnahmen zur Prävention von Schwangerschaftsabbrüchen wie Sexualaufklärung in der Schule, den kostenlosen Zugang zu Verhütungsmitteln, Zugang zu Beratungseinrichtungen, sowie Forschungsförderung von Verhütungsmitteln für alle Geschlechter
/// Weibliche Genitalverstümmelung und den Zwang zu anderen chirurgischen Eingriffen sowie alle anderen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt und des sexuellen Missbrauchs und der reproduktiven Rechte von Frauen und Mädchen zu verhindern, zu verbieten und unter Strafe zu stellen, dazu gehören auch Zwangsabtreibungen, Zwangsehen und Zwangssterilisationen
/// die Förderung von Forschung zu frauenspezifischen Gesundheits- und Krankheitsaspekten und deren geschlechts- und diversitätssensibler Prävention und Behandlung im Rahmen des EU4health Programms.

Lohngleichheit und Stärkung der wirtschaftlichen Stellung

Ziel der Europäischen Kommission ist es, gleiche Bezahlung für gleiche oder gleichwertige Arbeit und gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in verschiedenen Wirtschaftszweigen zu erreichen. Welche der folgenden spezifischen Ziele würden Sie vorrangig behandeln? Bitte ordnen Sie die nachstehenden Handlungsoptionen nach Priorität ein.

/// Beseitigung von Lohnungleichheiten zwischen Männern und Frauen
/// Überarbeitung, gemeinsam mit den Mitgliedstaaten, von Elementen des Steuersystems, die eine Erwerbstätigkeit für Zweitverdienende in einem Haushalt – dabei handelt es sich meist um Frauen – finanziell weniger vorteilhaft machen
/// Beseitigung geschlechtsspezifischer Ungleichheiten im Bereich der sozialen Sicherheit, einschließlich Renten
/// Förderung eines besseren Zugangs zu Finanzmitteln für Unternehmerinnen und selbstständige Frauen

DEUTSCHER FRAUENRAT

/// Attraktivere Bedingungen für die Beschäftigung und das Unternehmertum von Frauen in von Männern dominierten Branchen, z. B. in MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik)
/// Attraktivere Gestaltung der Arbeitsplätze in von Frauen dominierten Bereichen für Männer (z. B. Pflege und Bildung), unter anderem durch bessere Arbeitsbedingungen und Entlohnung
/// Förderung der Finanzkompetenz von Frauen und Mädchen
/// Förderung inklusiver Arbeitskulturen ohne Stereotype

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem:

/// Die Sicherstellung einer eigenständigen Existenzsicherung über den Lebensverlauf: Frauen Zugang zu qualitativ hochwertiger Arbeit zu verschaffen mit angemessenem Einkommen, sozialer Absicherung, Beschäftigungssicherheit und Möglichkeiten persönlicher Weiterentwicklung
/// Die Durchführung einer systematischen Untersuchung der Wirtschafts- und Sozialpolitik auf ihre geschlechtsspezifischen Auswirkungen auch auf der jeweiligen nationalen Ebene, um die strukturellen Ursachen mangelnder Teilhabe zu überwinden und eine daraus folgende Feminisierung der Armut zu beseitigen
/// Die Bereitstellung einer verlässlichen, qualitativ hochwertigen und bedarfsgerechten Infrastruktur zur Betreuung und Bildung von Kindern sowie für Pflegebedürftige
/// Lebensphasenorientierte Arbeitszeiten
/// Bessere Förderung von Teilzeitausbildung, eine Vereinfachung der komplexen Förderstrukturen und einen Anspruch auf Förderung und Begleitung der Ausbildung für Frauen und Mädchen in besonderen Lebenslagen

Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben und Betreuungsaufgaben

Ziel der Europäischen Kommission ist es, für eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben zu sorgen und die Mitarbeit im Bereich Pflege und Betreuung zu fördern. Welche der folgenden spezifischen Ziele würden Sie vorrangig behandeln? Bitte ordnen Sie die nachstehenden Handlungsoptionen nach Priorität ein.

/// Verbesserung des Systems des Urlaubs oder der Karenzierung aus familiären Gründen, um eine gleichmäßigere Inanspruchnahme durch Frauen und Männer zu fördern
/// Verbesserung der Ansprüche auf Pflegeurlaub und/oder auf flexible Arbeitszeitregelungen
/// Förderung der gleichberechtigten Aufteilung von Betreuungs- und Haushaltsaufgaben, insbesondere durch die Einbeziehung von Männern in diese Aufgaben
Förderung von Investitionen in Kinderbetreuung, Pflege und Langzeitpflege, damit Eltern und andere pflegende Angehörige erwerbstätig bleiben oder werden können
/// Förderung flexibler und verkürzter Arbeitszeiten für alle Beschäftigten, um der Stigmatisierung von Eltern und pflegenden Angehörigen, insbesondere von Frauen, entgegenzuwirken
/// Förderung von Rollenvorbildern, die zeigen, dass die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben einen Mehrwert schaffen

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem

/// Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur im Ganztag qualitativ weiterentwickeln und ausbauen
/// Partnerschaftliche Anreize bei Familienleistungen, insbesondere bei Elternzeit und -geld, stärken
/// Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken und mit monetären Leistungen unterstützen

DEUTSCHER FRAUENRAT

/// Pflegeinfrastruktur weiterentwickeln und ausbauen; sozialversicherungspflichtige haushaltsnahe Dienstleistungen öffentlich fördern
/// Unbezahlte Sorgearbeit fair zwischen den Geschlechtern verteilen und professionelle Sorgearbeit aufwerten
/// Neben der Erwerbsökonomie auch die Versorgungsökonomie erfassen, mindestens aber parallel zum europäischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) in jedem Jahr auch die versorgungsökonomischen Leistungen amtlich ausweisen

Gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten und angemessene Arbeitsbedingungen

Ziel der Europäischen Kommission ist es, gleiche Beschäftigungsmöglichkeiten und Arbeitsbedingungen für Männer und Frauen zu gewährleisten. Welche der folgenden spezifischen Ziele würden Sie vorrangig behandeln? Bitte ordnen Sie die nachstehenden Handlungsoptionen nach Priorität ein.

/// Gezielte und aktive arbeitsmarktpolitische Unterstützungsmaßnahmen für bestimmte Gruppen von Frauen, die auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt sind (z. B. Frauen mit Migrationshintergrund, Frauen mit Behinderungen, Frauen, die aus dem Urlaub oder der Karenz aus familiären Gründen zurückkehren, usw.)
/// Maßnahmen zur Bekämpfung von Diskriminierung aufgrund von Schwangerschaft und Mutterschaft Erlass verbindlicher Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Belästigung, einschließlich sexueller Belästigung, am Arbeitsplatz
/// Einführung, Stärkung und/oder Förderung von Anreizen für eine geschlechtergerechte Beteiligung an der Führung von Unternehmen oder Organisationen
Maßnahmen zur geschlechtergerechteren und inklusiveren Gestaltung der Organisationskultur in Unternehmen und Organisationen (z. B. Aktionspläne für die Gleichstellung der Geschlechter, Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben wie familienfreundliche Arbeitszeiten, gleichberechtigter Zugang zu Familienleistungen/-urlauben usw.)
/// Verpflichtung zu umfassenden Schulungen zu Gleichstellung und Antidiskriminierung für Unternehmen und Organisationen zur Gewährleistung von mehr Transparenz und Korrekturmaßnahmen
/// Nutzung des vollen Potenzials des sozialen Dialogs, unter anderem durch die verbesserte Vertretung und eine stärkere Führungsrolle von Frauen im sozialen Dialog, um geschlechtsspezifischen Ungleichheiten am Arbeitsplatz entgegenzuwirken
/// Entwicklung von Maßnahmen zur Unterstützung von Frauen und Mädchen, die Führungspositionen anstreben
/// Entwicklung von an Führungskräfte und andere Entscheidungsträger*innen gerichteten Maßnahmen zur Stärkung ihrer Rolle als geschlechtergerechte Führungspersonen

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem:

/// Quoten in Sektoren einzuführen, die in Bildung und Beschäftigung unterrepräsentiert sind, einschließlich solcher, die durch Geschlechtersegregation gekennzeichnet sind, wie Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik (MINT), sowie Cybersicherheit und Pflege
/// Eine Bewertung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Richtlinie über die öffentliche Auftragsvergabe

DEUTSCHER FRAUENRAT

Hochwertige und inklusive Bildung

Ziel der Europäischen Kommission ist es, geschlechtsspezifische Unterschiede im Bildungsbereich zu beseitigen. Welche der folgenden spezifischen Ziele würden Sie vorrangig behandeln? Bitte ordnen Sie die nachstehenden Handlungsoptionen nach Priorität ein.

/// Förderung einer geschlechtergerechten Perspektive auf allen Bildungsebenen
/// Förderung geschlechtergerechter Lehrmaterialien, Lehrpläne, Lehrmethoden und Berufsberatung
/// Ermutigung von Mädchen und Frauen zur Wahl von MINT-Bildung
Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bildungsförderung im Bereich der Gleichstellung der Geschlechter in allen Altersstufen
/// Maßnahmen zur Förderung der allgemeinen und beruflichen Bildung, der Weiterqualifizierung und Umschulung aus einer geschlechtergerechten Perspektive, wie in der Union der Kompetenzen dargelegt
/// Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Förderung einer umfassenden Sexualerziehung
/// Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung unbewusster geschlechtsspezifischer Vorurteile im Unterricht und im Bildungswesen
/// Förderung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses unter Lehrkräften auf allen Ebenen und in allen Bereichen
/// Ermutigung von Jungen und Männern zur Ausübung von Bildungsberufen

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem:

/// Verpflichtender Gender-Check für alle Förderprogramme in Schule und Hochschule sowie Aus- und Weiterbildung
/// Stärkung der finanziellen Bildung von Frauen und Mädchen
/// Stärkung von Demokratiebildung in Schulen, Hochschulen und (Weiter-)bildungseinrichtungen
/// Geschlechtssensible und inklusive Gestaltung von Digitalisierungsprozessen und digitaler Bildung in allen Lebensphasen
/// Förderprogramme zur Integration einer umfassenden Beziehungs- und Sexualerziehung in die schulischen Lehrpläne, die sich an Selbstbestimmung, Respekt und Einverständnis orientiert und Geschlechterstereotype bekämpft

Politische Teilhabe und gleichberechtigte Vertretung

Zu den Zielen der Europäischen Kommission gehören die Förderung einer ausgewogenen Geschlechterverteilung bei der Vertretung in allen Bereichen und auf allen Ebenen des öffentlichen und politischen Lebens, die Gewährleistung der Sicherheit von Frauen in der Öffentlichkeit und die Bekämpfung von Sexismus in der Politik. Welche der folgenden spezifischen Ziele würden Sie priorisieren, um ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis in der Politik zu fördern? Bitte ordnen Sie die nachstehenden Handlungsoptionen nach Priorität ein.

/// Einführung, Stärkung oder Förderung von Geschlechterquoten in der Politik
/// Schaffung, Stärkung oder Förderung von Anreizen für eine gleichberechtigte Beteiligung an der politischen Führung (z. B. Verknüpfung der Finanzierung politischer Parteien mit Wahllisten, die ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis aufweisen)
/// Einführung, Stärkung oder Förderung von Gleichstellungszielen in der Politik
/// Einleitung oder Förderung von Maßnahmen zur geschlechtergerechteren und inklusiveren Gestaltung der Organisationskultur in Unternehmen und Organisationen (z. B. Aktionspläne für die Gleichstellung

der Geschlechter, Maßnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben wie etwa Parlaments-/Regierungssitzungen zu familienfreundlichen Zeiten, Vorteile/Urlaube für Parlamentsabgeordnete usw.)

/// Entwicklung von Maßnahmen, die sich an Entscheidungsträger*innen richten, um ihre Unterstützung für Frauen und Mädchen mit politischen Bestrebungen zu fördern (z. B. Schulungen zum Thema unbewusste Voreingenommenheit für Parteispitzen)
Vorgehen gegen sexistische Angriffe und alle Formen geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung im Internet, die Frauen davon abhalten können, in die Politik einzutreten oder politisch aktiv zu Bleiben. Solche Angriffe können u. a. in Form von frauenfeindlicher Hetze, Cybermobbing, der Verbreitung von Deepfakes sowie von nicht einvernehmlicher Weitergabe von intimen Bildern oder personenbezogenen Daten erfolgen.

/// Entwicklung von Maßnahmen, die sich an Frauen und Mädchen richten und sie in die Lage versetzen sollen, sich auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung, einschließlich der lokalen Ebene, zu beteiligen (z. B. Schulungs- und Mentoring-Programme)

/// Unterstützung von Organisationen der Zivilgesellschaft, die Frauen bei der Bewerbung um ein öffentliches Amt unterstützen

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem:

/// Paritätisch besetzte Listenmandate bei der Aufstellung der Kandidat*innen für die Wahlen zum EU-Parlament

/// Die paritätische Vertretung der Geschlechter in Form einer 50/50 Repräsentation in allen EU-Entscheidungsorganen sicherzustellen, auch für die „Top-Jobs“ in der EU

/// Eine*n EU-Kommissar*in, die*der ausschließlich für Frauenrechte und die Gleichstellung der Geschlechter zuständig ist sowie die Durchsetzung des Gender Impact Assessments bei allen anderen Generaldirektionen

/// Angemessen gestaltete Quoten für eine bessere Vertretung von Frauen in gewählten Regierungsgremien

/// In der Geschäftsordnung der Europäischen Kommission eine verbindliche Parität bei der Ernennung und Benennung von Kommissionsmitgliedern festzulegen

/// die Europäische Wahlrechtsreform, die im Rat blockiert ist, mit einem verpflichtenden Gleichgewicht zwischen den Geschlechtern zu verabschieden.

Institutionelle Mechanismen

Welche Maßnahmen sollte die Europäische Kommission Ihrer Ansicht nach in den nächsten fünf Jahren priorisieren, um die Gleichstellung der Geschlechter voranzubringen? Bitte wählen Sie höchstens fünf Optionen aus.

/// Gewährleistung eines geschlechtergerechten Ansatzes in allen Politikbereichen auf EU-Ebene (Gender-Mainstreaming)

/// Sicherstellung, dass bei den öffentlichen Ausgaben auf EU-Ebene ein geschlechtergerechter Ansatz verfolgt wird (Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts bei der Haushaltsplanung)

/// Bereitstellung von Finanzmitteln für Organisationen der Zivilgesellschaft und Frauenrechtsorganisationen und -netzwerke, die sich für die Gleichstellung der Geschlechter einsetzen

/// Stärkung der Gleichstellung der Geschlechter durch verbindliche Regeln (Rechtsvorschriften)

/// Unterstützung der Umsetzung und verstärkten Durchsetzung der bestehenden EU-Rechtsvorschriften zur Gleichstellung der Geschlechter

Ergänzung – der Deutsche Frauenrat fordert außerdem:

/// Eine verbindliche geschlechtergerechte Gesetzesfolgenabschätzung (Gender Impact Assessment) in allen Politikbereichen inklusive Monitoring einzuführen

/// Die nachprüfbare Anwendung von Gender Budgeting mit Indikatoren und einem Monitoring in allen Politikfeldern, um die geschlechtsspezifischen Wirkungen von Budgets und Ausgaben sichtbar zu machen

/// Die Analyse einer geschlechtergerechten Haushaltserstellung im Rahmen des mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2021-2027 und deren Integration in den zukünftigen MFR 2027-2033

/// Die Förderung der feministischen Zivilgesellschaft und des zivilgesellschaftlichen Engagements für Demokratie, Vielfalt, Akzeptanz und gesellschaftlichen Zusammenhalt und ein Aufstocken der Mittel

/// CEDAW als wesentlichen internationalen Rechtsrahmen für die Formulierung der EU-Rechtsvorschriften zu verwenden

/// Ressourcen für Geschlechtergerechtigkeit weltweit zu sichern und auszubauen, mit strategischen Partnerschaften in multilateralen Foren der gut finanzierten globalen Anti-Gender-Bewegung entgegenzutreten und sich dafür einzusetzen, dass Menschen- und Frauenrechte verteidigt und gesichert werden

/// EU-Mitgliedsländer, die gegen europäische Werte verstoßen, klar zu sanktionieren. Denn der Einsatz für Demokratie, Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt und Rechtsstaatlichkeit und gegen Diskriminierung ist Voraussetzung für die EU-Mitgliedschaft

/// Die Schaffung eines speziellen Gremiums beim Rat für die Gleichstellung der Geschlechter, dessen Aufgabe u.a. Verfolgung der Umsetzung und des Fortschritts ist, einschließlich der Überwachung der EU-GS-Strategie und der Jahresberichte

/// Die Europäische Kommission auf die so genannte „horizontale Richtlinie“, die ein EU-weites Mindestniveau an Diskriminierungsschutz vorschlägt, beizubehalten und auf ihre überarbeitete Annahme zu drängen

/// Die Knüpfung von Fördermitteln an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundprinzipien. Die Europäische Kommission muss z.B. darauf achten, dass Anti-Gender-Akteur*innen keine europäischen Förderungen erhalten. Europäische Ausgaben müssen europäischen Werten folgen